ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Eichenberger, Reiner; Portmann, Marco; Stadelmann, David

Working Paper

Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz

CREMA Working Paper, No. 2018-01

Provided in Cooperation with:
CREMA - Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich

Suggested Citation: Eichenberger, Reiner; Portmann, Marco; Stadelmann, David (2018) : Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz, CREMA Working Paper, No. 2018-01, Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA), Zürich

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/214607

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Center for Research in Economics, Management and the Arts

Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz

Working Paper No. 2018-01

CREMA Südstrasse 11 CH - 8008 Zürich www.crema-research.ch

Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz

Reiner Eichenberger, Marco Portmann und David Stadelmann*

Abstract

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolge der Schweiz werden oft auf zwei für sie typische politische Institutionen zurückgeführt: direkte Demokratie und Föderalismus. Wir vermuten, dass eine dritte, bisher weitgehend vernachlässigte Institution eine ähnlich wichtige Rolle spielt: ihr Wahlsystem. Die Schweiz hat eine einmalige Mischung von Proporzwahlen (Verhältniswahlen) für die Gemeinde- und Kantonsparlamente sowie den Nationalrat und Majorzwahlen (Mehrheitswahlen) für die besonders einflussreichen Politiker, die Regierungsmitglieder auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie die Ständeräte. Dabei finden die Majorzwahlen nicht wie international üblich in Einerwahlkreisen statt, sondern in Wahlkreisen mit mehreren Sitzen. Wir argumentieren, dass die Proporzwahlen eine grosse Vielfalt an Parteien und politischen Meinungen hervorbringt, zugleich aber die Majorzwahlen mit mehreren Sitzen die besonders fähigen und erfolgsorientierten Politiker kraftvoll in die Mitte des politischen Spektrums lenken, weshalb wir dieses Wahlverfahren als „Supermajorz“ bezeichnen möchten. Wir halten diese besondere Kombination aus Proporz und Majorz für eine wichtige Ursache der für die Schweiz typischen Konkordanz und hohen politischen Stabilität. Dieses fruchtbare Wahlsystem ist auf andere Länder und Gebietskörperschaften übertragbar.

* Reiner Eichenberger und Marco Portmann lehren an der Universität Freiburg (Schweiz). David Stadelmann lehrt an der Universität Bayreuth. Alle sind auch Mitglieder von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts (Schweiz).
Herzliche danken wir Christian Girardi, der uns immer wieder ermuntert hat, genauer über die Besonderheiten der kantonalen Regierungsratswahlen und ihre Bedeutung für den Erfolg der Schweiz nachzudenken.

Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz

Reiner Eichenberger, Marco Portmann und David Stadelmann*

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Hinsichtlich der meisten Masse für wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Erfolg liegt sie weltweit mit an der Spitze. Obwohl natürlich auch sie vielerlei Probleme und Reformbedarf hat, ist ihr Erfolg eindrücklich. Was sind die Ursachen dafür, und was können andere Länder davon lernen?

Aus moderner ökonomischer Sicht ist wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erfolg ein Resultat guter Politik, und diese eine Folge guter Institutionen, die den politischen Handlungsträgern – den Bürgern und Politikern – gute Anreize setzen. Welches sind diese guten Institutionen hinter dem Erfolg der Schweiz?

1. Die üblichen drei Verdächtigen

Akademische und populäre Betrachtungen führen den Erfolg der Schweiz zumeist auf zwei Institutionen zurück: Direkte Demokratie und Föderalismus. Natürlich existiert kein absoluter Konsens, und selbstverständlich gibt es Gegenstimmen. Aber insgesamt sind die wissenschaftlichen Ergebnisse eindeutig: Richtig konstruierte direkte Demokratie und Föderalismus sind sehr fruchtbare Institutionen, und ihre schweizerischen Varianten sind relativ gut konstruiert.[1]

Als drittes konstitutives Element der Schweiz wird oft die politische Konkordanz genannt: Regierungen von Bund, Kantonen und Kommunen sind parteilich stark durchmischt und vereinen viele der wichtigen politischen Kräfte. Die Konkordanz ist anders als direkte Demokratie und Föderalismus nicht explizit in der Verfassung verankert. In der Literatur wird ihre Ent-

---

* Reiner Eichenberger und Marco Portmann lehren an der Universität Freiburg (Schweiz). David Stadelmann lehrt an der Universität Bayreuth. Alle sind auch Mitglieder von CREMA –Center for Research in Economics, Management and the Arts (Schweiz).
Herzlichen Dank an Christian Girardi, der uns immer wieder ermuntert hat, genauer über die Besonderheiten der kantonalen Regierungsratswahlen und ihre Bedeutung für den Erfolg der Schweiz nachzudenken.

[1] Siehe dazu die unzähligen Publikationen der Ökonomen Beat Blankart, Lars Feld, Bruno Frey, René Frey, Gebhard Kirchgässner, Christoph Schaltegger, Alois Stutzer, Mark Schelker und unsere eigenen Beiträge, aber auch die Arbeiten von Politikwissenschaftlern wie etwa Wolf Linder oder Adrian Vatter.

stehung auf verschiedene Ursachen zurückgeführt (dazu Klöti, Papadopoulos, Sager 2014). Zumeist wird sie als Folge der direkten Demokratie verstanden. Politiker und Parteien wollten sich gegen Referenden absichern und holten deshalb alle Kräfte ins Boot. Als weitere Ursachen werden die starke Proporz-Orientierung und der Föderalismus gesehen. Sie brächten eine Vielfalt, in der keine Partei eine Mehrheit erlangen könne. Sodann wird oft argumentiert, infolge Konkordanz sei der repräsentativ-demokratische Wettbewerb in der Schweiz schwächer als in Ländern mit klaren Mehrheitsverhältnissen und wechselnder Regierungsmacht.

2. Die wahre dritte Kraft: Das Wahlsystem

Diese traditionellen Argumente zu Ursache und Wirkung der Konkordanz greifen zu kurz und bedürfen einer Neuinterpretation. Die Konkordanz und viele weitere wichtige Charakteristika der Schweizer Politik sind Folgen einer – neben direkter Demokratie und Föderalismus – dritten für die Schweiz typischen Institution, die bisher in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion weitgehend verkannt wurde: Die Schweiz hat ein weltweit wohl einmaliges Wahlsystem.[2] Es kombiniert ein starkes Proporzverfahren (Verhältniswahlrecht) mit einem besonders starken Majorzverfahren (Mehrheitswahlrecht), wobei die für die meisten Politiker attraktiveren Ämter im Majorzverfahren besetzt werden. Von den in den anderen Ländern üblichen Systemen – seien es reine Majorz-, reine Proporz- oder Mischsysteme aus Majorz und Proporz – unterscheiden sich die Schweizer Institutionen vor allem durch drei wichtige Elemente:

i. Die zwei nationalen Parlamentskammern sind völlig gleichberechtigt, werden aber durch unterschiedliche Wahlverfahren bestellt. Der Nationalrat als grössere Kammer wird grossenteils im Proporzverfahren gewählt[3], wohingegen der Ständerat als kleinere und für Politiker attraktivere Kammer weitgehend im Majorzverfahren gewählt wird.[4]
ii. Die Regierungsmitglieder auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene werden zumeist in Majorzwahlen gewählt, sei es vom Volk oder vom Parlament.[5]

---

[2] Wichtige Elemente der folgenden Überlegungen wurden erstmals diskutiert in Eichenberger (2015). Empirische Analysen zum Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Repräsentation sowie Interessengruppeneinfluss finden sich in Stadelmann, Portmann, Eichenberger (2014b, 2016, 2018).
[3] Die Nationalräte aus kleinen Kantonen mit nur einem oder zwei Sitzen werden implizit durch ein Mehrheitswahlverfahren gewählt (vgl. auch Portmann, Stadelmann, Eichenberger 2012).
[4] Die Ständeräte werden nur in den Kantonen Jura und Neuenburg (seit 2011) nach dem Proporzverfahren gewählt. Allerdings bedingt auch es bei nur zwei verfügbaren Sitzen sehr hohe Stimmenanteile für den Wahlerfolg. Die kantonalen Regierungsräte werden nur in den Kantonen Tessin und Zug (nur bis 2013) nach dem Proporzverfahren gewählt.
[5] Natürlich müssen in vielen Ländern die Minister durch das Parlament bestätigt werden. Im Unterschied zu Schweizer Bundesratswahlen werden die Kandidaten aber vom Ministerpräsidenten vorge-

iii. Die Majorzwahlen finden zumeist in Wahlkreisen mit mehreren Sitzen statt; in den einzelnen Wahlkreisen werden also jeweils *mehrere Politiker* gleichzeitig mit dem Majorzverfahren gewählt. International üblich sind hingegen Einerwahlkreise; es wird also jeweils pro Wahlkreis nur *ein* Politiker gewählt.

Gemeinsam begünstigen diese drei institutionellen Elemente Politikergebnisse, die aus Sicht der Bürger vergleichsweise gut sind. Während die Qualität der Politik wissenschaftlich schwer fassbar ist, da bekanntlich keine wohldefinierte gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion existiert (Arrow 1951), werden darunter oft folgende Eigenschaften verstanden: Der Entscheidungsprozess soll *repräsentativ* sein, d.h. alle Meinungen sollen angemessen repräsentiert sein; die Politik soll *gesamtheitlich orientiert* sein, d.h. auf das Wohl der Bürger aus allen Regionen, Minderheiten und dem gesamten politischen Spektrum zielen; die Politik soll *moderat* sein, also nicht auf Extrempositionen sondern eher auf die Mitte des politischen Spektrums und kluge Kompromisse zielen; die *Regierungsfähigkeit* sollte hoch sein und Stillstand und Blockaden vermieden werden; die Regierungsmitglieder sollten dank klarer Zurechenbarkeit *verantwortlich* für ihre Entscheidungen sein; und Politik sollte *über die Zeit konsistent* sein. Weder reine Proporz- noch reine Majorzsysteme sind geeignet, alle diese Ziele gleichzeitig unter einen Hut zu bringen.

3. Die Schwächen reiner Systeme

Reine Proporzsysteme mit Wahlkreisen mit vielen Sitzen bringen grosse Parteien- und Meinungsvielfalt ins Parlament und so hohe Repräsentativität. Die Regierung wird zumeist durch Koalitionen von Parteien gebildet. Das kann zu zwei Problemen führen. Da die Koalitionen oft instabil sind, leidet die Regierungsfähigkeit, und bei Regierungswechsel geht oft die Konsistenz über die Zeit verloren. Zudem ist es schwierig, die Politikergebnisse den einzelnen Koalitionsmitgliedern zuzurechnen. Dies mindert die Verantwortlichkeit und damit Leistungsanreize der Politiker insbesondere zur Erstellung klassischer öffentlicher Güter, welche einer breiten Wählerschaft zugutekommen. Entsprechend setzen sie ihre knappe Zeit und Ressourcen vermehrt für die Vertretung gut organisierter Partikularinteressen ein. Diesen gegenüber gelingt es einfacher die eigenen Leistungen glaubwürdig darzustellen. Wenn Politiker in mehreren Wahlkreisen gewählt werden, erhält die Vertretung von Partikularinteressen oft eine räumliche Dimension, d.h. die Politiker fokussieren auf spezielle Partikularinteressen

---

schlagen, und die Opposition kann keine Alternativkandidaten vorschlagen. Entsprechend gibt es keine Kampfwahlen.

in ihrem Wahlkreis. Politik zielt dann vermehrt auf Umverteilung zwischen den Wahlkreisen, statt auf die Entwicklung neuer, für alle vorteilhaften Problemlösungen.

In reinen Majorzsystemen mit Einerwahlkreisen siedeln sich die Parteien und Kandidaten tendenziell in der Mitte des politischen Spektrums an (Downs 1957). Die Abweichung von der Mitte kann im Einzelfall allerdings beträchtlich sein (Portmann, Stadelmann und Eichenberger 2012). Solange nur zwei Parteien oder Kandidaten um die Wählergunst buhlen, treibt sie der Wettbewerb in die Mitte des politischen Spektrums. Sobald es aber mehr als zwei Kandidaten gibt, führen die Strategiespiele weg von der politischen Mitte. Während diese Strategiespiele zur optimalen Positionierung zu Inkonsistenz der Politik über die Zeit und Abweichungen von der Mitte führen, bleiben die Ränder des Meinungsspektrums unterrepräsentiert und die Meinungsvielfalt eingeschränkt. Da Majorzsysteme fast immer auf Einerwahlkreise und damit für Parlamentswahlen auf geographisch kleinen Wahlkreisen aufgebaut sind, führt das Majorzsystem zu einer stark regionalen und wenig gesamtheitlichen Orientierung der Politiker.

Die Politiksysteme verschiedener Länder versuchen diese Dilemmata auf unterschiedliche Weise zu lösen. In Majorzsystemen bewirkt das Verhalten der Wähler, dass sich oft nur zwei grosse Parteien bilden (Duverger 1954). In den Parteien werden häufig Vorwahlen abgehalten, um die Kandidatenzahl so weit zu reduzieren, dass sich die Stimmen der eigenen Wähler nicht auf die Kandidaten verteilen. In Ländern mit Proporzsystemen hingegen wird oft versucht, die Parteienzahl mittels Zulassungshürden für Kleinparteien zu senken und so die Regierungsfähigkeit und Konsistenz der Politik über die Zeit zu erhöhen.

4. Das schweizerische Mischsystem

In der Schweiz werden die Dilemmata durch eine besonders wirkungsvolle Mischung von Proporz und Majorz weitgehend entschärft. Die Proporzwahlen der Nationalräte sowie der kommunalen und kantonalen Parlamente sorgen für grosse parteiliche Vielfalt. Die Majorzwahlen ad personam der Ständeräte zumeist in Zweierwahlkreisen sowie der Regierungsmitglieder auf kantonaler und kommunaler Ebene in Einheitswahlkreisen (gesamter Kanton oder gesamte Stadt als Wahlkreis für die Majorzwahlen) mit zumeist fünf bis neun Sitzen geben allen Politikern, die ein besonders gewichtiges Amt anstreben, Anreize, sich in die politische Mitte zu bewegen. Das bringt eine ungewöhnlich hohe Kompromissorientierung, Regierungsfähigkeit, gesamtheitliche Orientierung und Konsistenz der Politik über die Zeit.

4.a. Proporzwahlen bringen Vielfalt

Proporzwahlen geben den Parteien und Politikern Anreize, sich auf dem gesamten politischen Spektrum gleich wie die Wähler zu verteilen. Wenn es so wie im Kanton Zürich zurzeit 35 Nationalräte gibt, reichen etwa 3 Prozent der Stimmen, um gewählt zu werden. Natürlich steigen mit der Sitzzahl pro Wahlkreis auch die Anreize, extremere politische Positionen einzunehmen, was der Idee einer breiten Repräsentation entspricht. Deshalb sitzen die meisten stark ideologisch orientierten Politiker im proporzgewählten Nationalrat und nicht im majorzgewählten Ständerat. Zumeist kommen sie aus den grossen Kantonen mit vielen Sitzen, wohingegen in Kleinkantonen mit nur einem oder zwei Sitzen sich auch die Nationalräte stärker an der politischen Mitte orientieren (Portmann, Stadelmann, Eichenberger 2012).

4.b. Majorzwahlen kanalisieren Vielfalt

Politiker sind auch nur Menschen, die es schätzen, persönlichen Einfluss zu haben. Entsprechend möchten sie auf der nationalen Ebene lieber eine(r) von 46 Ständeräten als eine(r) von 200 Nationalräten sein, und in den Kantonen und Kommunen lieber eines der wenigen Regierungsmitglieder als eines der vielen Parlamentsmitglieder. Da die bevorzugten Ämter fast ausschliesslich in Majorzwahlen vergeben werden, haben zumeist nur Kandidaten Wahlchancen, die sich tendenziell in der Mitte des politischen Spektrums positionieren und ausgewogene Positionen einnehmen. Entsprechend müssen sich in allen Parteien gerade die besonders einflussorientierten und fähigen Kandidaten tendenziell zur Mitte des politischen Spektrums bewegen.[6] Damit wirkt das starke Majorz-Element wie ein Trichter, der den vielfältigen Fluss von Proporzpolitikern in die politische Mitte kanalisiert.

4.c. Die kluge Kombination von Proporz und Majorz

Die Mischung von Proporz und Majorz hat bedeutende Vorteile. Dank der Parteienvielfalt infolge Proporz werden die Präferenzen der Wähler am Rand des politischen Spektrums klarer und besser wahrnehmbar formuliert als in reinen Majorz-Systemen. Dadurch fällt es den Majorz-Politikern leichter, gute mehrheitsfähige Kompromisslösungen zu finden, die auch die Randinteressen einbinden.

Umgekehrt geben die starken Majorz-Elemente selbst ideologisch orientierten Parteien Anreize, keine allzu extreme Oppositions-Politik zu verfolgen, weil ihnen die Majorz-Wahlen mit

[6] Die Wirkung des Wahlsystems auf die politische Position von Stände- und Nationalräten wird in unseren statistischen Vergleichen des Abstimmungsverhaltens von National- und Ständeräten sowie des Volks analysiert. Siehe dazu Stadelmann, Portmann und Eichenberger (2018).

vielen Sitzen eine Aussicht auf einen Sitz in der Regierung geben, falls sie sich nicht extrem gebärden. Das gilt insbesondere für die besonders erfolgsorientierten Politiker, die typischerweise in die wichtigen, majorzgewählten Ämter drängen. Entsprechend sind sie oft und unter Zustimmung der eigenen Partei moderater als der Partei-Median. Da sie aber nur dann einigermassen glaubwürdig Mittelpositionen einnehmen können, wenn sie nicht permanent und allzu weit von der Parteilinie abweichen, haben sie auch Anreize, auf eine Moderation ihrer Partei hinzuwirken.

Als Folge steht den Wähler bei Wahlen zu Majorzämtern zumeist eine Auswahl an Politikern aus unterschiedlichen Parteien zur Verfügung, die sich von ihren grundsätzlichen Positionen eher nahe stehen. Dank ihrer parteilichen Prägung sind diese moderaten Politiker jedoch nicht aalglatte und opportunistische Mehrheitsvertreter. Sie setzen durchaus ideologische Akzente auf Positionen, die rund um den Median des Wählerspektrums - aber nicht zu weit davon entfernt - gestreut sind.

Bisher kaum diskutiert wurde unseres Wissens, wie sich die verschiedenen Wahlsysteme auf die Rolle übertriebener politischer Korrektheit auswirken. In Ländern, in denen alle Wahlen im Majorz-Verfahren stattfinden, wie etwa in den USA oder Grossbritannien, sind alle Politiker weitgehend in der Mitte des politischen Spektrums ihres Wahlkreises positioniert. Damit gibt es kaum Politiker, die die Minderheitsmeinungen ansprechen und die herrschenden gesellschaftlichen Codes brechen. Im Gegensatz dazu fliessen in Proporzsystemen die Randpositionen frühzeitig und graduell in die parlamentarische und politische Debatte ein. Es erscheint deshalb plausibel, dass sich in Majorzsystemen die Minderheiten am Rande des Meinungsspektrums von den etablierten Parteien vernachlässigt fühlen, was zu Politik-Verdrossenheit und -Entfremdung führen dürfte. Das wiederum öffnet das Feld für Politikunternehmer, die versuchen können die bisher vernachlässigten Gefühle der Minderheiten auf beiden Seiten des politischen Spektrums anzusprechen und emotional zu bedienen. Das dürfte mit ein Grund für den überraschenden Wahlerfolg von Donald Trump gewesen sein.

5. Kraftwerk Supermajorz

Die Schweizer Version der Majorzwahlen kanalisiert die Politiker noch kraftvoller in die politische Mitte als das sonst übliche Mehrheitswahlverfahren. Denn die Schweizer Majorzwahlen haben eine bisher in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion weitgehend vernachlässigte Eigenschaft. Majorzwahlen finden fast überall auf der Welt in Einerwahlkreisen statt, so etwa in den USA, Grossbritannien, Frankreich und auch Deutschland (Direktmandate für den Bundestag). Im Unterschied dazu werden in der Schweiz bei Regierungswahlen

auf kantonaler und kommunaler Ebene zumeist fünf bis neun Sitze und auch bei den Ständeratswahlen zumeist zwei Sitze pro Wahlkreis besetzt. Majorzwahlen in Mehrsitzwahlkreisen haben ein bisher weitgehend verkanntes Potential zur Einmittung der Kandidaten und Stabilisierung der politischen Ergebnisse. Wir nennen das Verfahren deshalb im Weiteren zuweilen „Supermajorz“. Dabei sind zwei Elemente zentral.

5.a. Endogene Reduktion der Kandidatenzahl

Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen ist eine Situation mit vielen, über das politische Spektrum verteilten Parteien, so wie es für die Schweiz infolge der vielen Proporzwahlen typisch ist.

Solange bei einer Majorzwahl mit mehreren Sitzen für eine Regierung oder den Ständerat alle Wähler ihre Stimmen ausschliesslich den Kandidaten derjenigen Partei geben, die ihnen ideologisch am nächsten steht, lohnt es sich für die Partei mit den meisten Wählern, so viele Kandidaten aufzustellen, wie es Sitze gibt.[7] Denn so wird sie alle Sitze gewinnen und einen Erdrutschsieg erzielen (zu sog. „Blockvoting“ und „Landslide Victories“ in Majorzwahlen mit mehreren Sitzen siehe Colomer 2007).

Das Kalkül der Parteien ändert sich grundlegend, wenn die Wähler ihre Stimmen nicht mehr ausschliesslich den Kandidaten derjenigen Partei geben, die ihnen ideologisch an nächsten steht, sondern auch einzelne Stimmen an Kandidaten anderer Parteien geben, z.B. weil ihnen diese Kandidaten ideologisch näher stehen als manche Kandidaten ihrer „eigenen“ Partei, weil ihnen die Positionen dieser Kandidaten hinsichtlich einzelner politischer Fragen besonders gut gefallen, oder weil sie Kriterien als die politische Positionierung von Parteien und Kandidaten berücksichtigen. So ist es nur natürlich, dass einige Wähler auch Stimmen an Kandidaten geben, die zwar nicht ihrer bevorzugten Partei angehören, die sie aber für besonders kompetent halten, persönlich kennen oder aufgrund von Charakteristika wie regionale Herkunft, Beruf, Alter oder Geschlecht besonders mögen. Die Parteien haben dann das Problem, dass sich die Stimmen, die ihre Wähler noch aufgrund von Parteipräferenzen abgegebenen, auf ihre Kandidaten verteilen. So erhält jeder Kandidat weniger Stimmen, als er erhalten würde, wenn die Partei weniger Kandidaten aufstellen würde. Die Parteien können deshalb die Wahlchancen ihrer Kandidaten erhöhen, indem sie die Kandidatenzahl senken. Sobald aber die Parteien die Kandidatenzahl reduzieren, bedeutet das für alle Wähler (auch

[7] Mehr Kandidaten aufzustellen als es Sitze gibt, würde die Wahlchancen der Kandidaten senken, weil sich dann die Stimmen der eigenen Wähler auf die verschiedenen Kandidaten verteilen würden. Das Kalkül für kleinere Parteien hängt davon ab, ob ihnen die Kandidatur von nicht gewählten Kandidaten netto Kosten oder Nutzen bringt.

für die, die ihre Stimmen nur aufgrund ideologische Positionierung der Parteien vergeben), dass sie nur dann alle ihre Stimmen einsetzen können, wenn sie sie auf die Kandidaten verschiedener Parteien verteilen. Das wiederum gibt den Kandidaten Anreize, eine Politik zu verfolgen, die sie für möglichst viele Wähler anderer Parteien attraktiv macht. Die beste Strategie dafür ist, sich in die politische Mitte zu bewegen. Dadurch unterscheiden sich die Kandidaten ideologisch immer weniger, was die Bedeutung der anderen Kriterien der Wähler für ihre Wahlentscheidung stärkt und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie nicht nur Kandidaten der von ihnen bevorzugten Parteien Stimmen geben. Das wiederum stärkt die Anreize der Parteien, die Kandidatenzahl weiter zu reduzieren.

Als Ergebnis dieses selbstverstärkenden Prozesses resultiert ein Gleichgewicht, in dem die Parteien nur diejenigen Kandidaten aufstellen, die realistische Wahlchancen haben.[8] Solange die von den Wählern aufgrund von persönlichen Charakteristiken der Kandidaten über die Parteigrenzen hinweg gegebenen Stimmen nicht systematisch verteilt sind, beschränken sich die realistischen Wahlchancen einer Partei in etwa auf den Sitzanteil, der ihrem relativen Wähleranteil entspricht. Die Folge dieses Supermajorz-Mechanismus ist Konkordanz in dem Sinne, dass die kantonale und kommunalen Regierungen sowie Kantonsvertretungen im Ständerat aus Vertretern mehrerer Parteien zusammengesetzt sind. Die Konkordanz folgt also ganz direkt aus dem Wahlsystem und damit einer formellen Institution.

Wichtig ist die Frage, weshalb dieser Schweizer Supermajorz nicht so, wie es die wissenschaftlichen Literatur zu Mehrheitswahl mit mehreren Sitzen befürchtet wird, zu Blockvoting und Erdrutschsiegen führt, also die meisten Wähler all ihre Stimmen den Kandidaten einer Partei geben, deshalb die grösste Partei so viele Kandidaten aufstellt, wie es Sitze gibt, und entsprechend alle Sitze gewinnt (z.B. Colomer 2007). Wir sehen dafür folgende Gründe: Erstens herrschen dank dem hohen Gewicht des Proporzwahlverfahrens grosse Parteienvielfalt und damit relativ kleine ideologische Unterschiede wenigsten zwischen den Parteien, die im politischen Spektrum nebeneinander positioniert sind. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit relativ gross, dass einem Wähler aus politischen oder persönlichen Gründen einzelne Kandidaten anderer Parteien besser gefallen als einzelne Kandidaten seiner eigenen Partei. Zweitens sind in den Einheitswahlkreisen (gesamter Kanton oder gesamte Stadt als Wahlkreis für die Majorzwahl) die politischen Präferenzen der Wähler relativ heterogen. Zusammen mit der Parteienvielfalt infolge Proporz bewirkt dies, dass es kaum Parteien mit einer grossen relativen oder gar absoluten Mehrheit gibt, für die es sich lohnen könnte, so viele Kandidaten auf-

[8] Nach unserer Kenntnis ist der hier illustrierte Mechanismus noch nicht ausreichend in der modelltheoretischen Literatur zu Wahlsystemen integriert.

zustellen, wie es Sitze gibt. Drittens haben die einzelnen Kandidaten Anreize und auch die Freiheit, sich stärker hin zur politischen Mitte zu orientieren als ihre Parteien. Dadurch schrumpfen die ideologischen Unterschiede und damit die psychischen Kosten für die Wähler, für andere Kandidaten als jene ihrer eigenen Partei zu stimmen. Viertens geht es in der Schweiz um politische Ämter mit einem relativ grossen individuellen Freiheitsgrad für die Amtsinhaber. Deshalb sind die Wähler nicht nur an der Parteizugehörigkeit, sondern auch an anderen Charakteristika der Kandidaten wie insbesondere ihrer Kompetenz interessiert. In der Literatur wurde Blockvoting bisher vor allem in Parlamentswahlen beobachtet. Das Verhalten von Parlamentariern ist aber in vielen Ländern durch Fraktionszwang und Vorgaben der Parteiführung stark eingeengt. Deshalb macht es dort für die Wähler weniger Sinn als in der Schweiz, Stimmen auch an Kandidaten anderer Parteien zu geben.

5.b. Ausserordentlich starke Zentripetalkraft

Majorz-Wahlen in Wahlkreisen mit vielen Sitzen geben den Politikern stärkere Anreize als Majorz-Wahlen in Einerwahlkreisen, eine Position in der Mitte des politischen Spektrums einzunehmen. Dieser unseres Erachtens bedeutsame, aber bisher in der wissenschaftlichen Literatur vernachlässigte Punkt soll nun ein wenig formaler dargestellt werden:

Zur Vereinfachung sei angenommen, das Politikspektrum sei eindimensional von links bis rechts, und die Wähler gäben ihre Stimme den Kandidaten, die ihnen auf diesem politischen Spektrum am nächsten stehen. In einem Einerwahlkreis mit zwei Kandidaten führt der Wettbewerb dazu, dass sich beide Kandidaten möglichst in der Mitte des Spektrums platzieren. Derjenige, der von der Mitte abweicht, verliert Stimmen und so die Wahl. Deshalb ist die Situation stabil, also ein Gleichgewicht (Downs 1957). Sobald aber drei oder mehrere Kandidaten antreten, ist es für sie optimal, aus der politischen Mitte abzuweichen und den Wählern entgegenzugehen. Wenn ein Kandidat in der Mitte des politischen Spektrums verbleibt und rechts und links von sich ein oder mehrere Kandidaten hat und gewissermassen „eingeklemmt“ wird, erhält er nur die Stimmen der ganz in der politischen Mitte positionierten Wähler. Die grosse Mehrheit der stärker links und rechts positionierten Wähler hingegen gehen an die Kandidaten, die von der Mitte des politischen Spektrums abweichen und den Mittelkandidaten einklemmen. Das gibt dem bisher mittleren Kandidaten Anreize, ebenfalls von der Mitte des politischen Spektrums abzuweichen und extremer als die anderen Politiker aufzutreten. Daraus ergeben sich wilde „Platzierungsspiele“, die die Kandidaten weit weg von der politischen Mitte führen können.

In Wahlkreisen mit mehreren Sitzen und damit Stimmen für jeden Wähler führen analoge Überlegungen zu einem ganz anderen Ergebnis. Wenn ein Kandidat in der Mitte positioniert ist und es sowohl rechts als auch links von ihm weniger Kandidaten gibt, als es Sitze zu verteilen gibt und die Wähler Stimmen haben, erhält er von jedem Wähler eine Stimme, weil er jedem Wähler auf beiden Seiten des politischen Spektrums näher steht als die Kandidaten auf der jeweils anderen Seite des politischen Spektrums. Entsprechend ist es für die Kandidaten unter dieser Bedingung ideal, sich in der Mitte zu positionieren und dort zu bleiben. Das bedeutet, dass eine Positionierung in der Mitte bei Majorzwahlen mit mehreren Sitzen auch dann stabil ist, wenn es mehrere Kandidaten gibt.

Wenn es hingegen leicht rechts und leicht links der Mitte gleich viele oder mehr Kandidaten hat, als es Sitze zu vergeben gibt und als die Wähler Stimmen haben, erhält ein Kandidat in der Mitte keine Stimmen der rechten und linken Wähler. Denn diese geben ihr Stimmen wiederum an die Kandidaten, die ihnen näher als der Mittelkandidat stehen und diesen einklemmen. Folglich erhält ein Mittelkandidat erst dann nicht wenigstens die Hälfte der Stimmen, wenn rechts und links von ihm je wenigstens so viele Gegenkandidaten sind, wie es Sitze gibt und wie die Wähler Stimmen haben. Dies kann nur dann zutreffen, wenn es mehr als doppelt so viele Kandidaten wie Sitze gibt.

Im Falle einer Ständeratswahl (Regierungsratswahl) mit zwei (sieben) Sitzen bedeutet das also, dass es für einen Kandidaten solange optimal ist, sich in der politischen Mitte zu positionieren, solange er sich nicht auf jeder Seite des politischen Spektrums wenigstens je zwei (sieben) weiteren Kandidaten gegenüber sieht. Solange es also insgesamt nicht mehr als vier (vierzehn) Kandidaten gibt, ist es für jeden Kandidaten die richtige Strategie, sich möglichst in der Mitte des politischen Spektrums zu positionieren. Angesichts der oben diskutierten Anreize der Parteien, die Kandidatenzahl zu reduzieren, ist die Bedingungen für Stabilität bei Majorzwahlen in der Schweiz zumeist erfüllt.

5.c. Supermajorz: eine Erklärung für Vieles

Zusammen bewirken diese Mechanismen folgende für die Schweiz typischen Eigenschaften.

1. Die Regierungen auf allen Staatsebenen sowie der Ständerat setzen sich aus Politikern aus allen wichtigen Parteien zusammen. Die ideologischen Unterschiede zwischen den Amtsinhabern sind oft kleiner als diejenigen zwischen den Amtsinhabern und ihren eigenen Parteien. Sie können trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zumeist problemlos und gut zusammenarbeiten.

2. Weil alle Mitglieder einer Regierung mit dem gleichen Verfahren gewählt werden, können sie formell gleichgestellt sein, kann der Präsident primus inter pares sein, und kann die Präsidentschaft rotieren. Diese Gleichstellung hat mindestens zwei bedeutende Effekte: Erstens erlaubt sie einen konstruktiven machtfreien Diskurs innerhalb der Regierung, was klugen Kompromissen förderlich ist. Zweitens werden die wichtigen Regierungsentscheidungen von den voneinander weitgehend unabhängigen Mitgliedern mit Mehrheitsentscheid getroffen. Das bringt eine weitere Einmittung der Politik. Drittens werden Fehlentscheidungen unwahrscheinlicher. Entscheidungen von Einzelindividuen unterliegen zufälligen Fehlern. Die Fehlerwahrscheinlichkeit von Gruppenentscheidungen nimmt entsprechend dem Gesetz der grossen Zahl mit der Grösse der Gruppe ab, falls die Regierung in einem Mehrheitsverfahren entscheidet und die Fehler der einzelnen Gruppenmitglieder unabhängig voneinander sind, was wiederum durch die Gleichwertigkeit der Regierungsmitglieder unterstützt wird (Stadelmann, Portmann und Eichenberger 2014b).

3. Die relativ grosse Zahl von Regierungsmitgliedern und Kandidaten macht es für alle Beteiligten unattraktiv, „negative Wahlkampagnen“ zu führen, die vor allem darauf zielen, andere Regierungsmitglieder und Kandidaten herabzuwürdigen, zu beschädigen und zu sabotieren. Während sich negative Strategien in Majorzsystemen mit Einerwahlkreisen und zumeist nur zwei Kandidaten sehr wohl auszahlen können und etwa in den USA üblich sind, bringen sie ihren Urhebern im Schweizer Majorzsystem mit seinen Mehrsitzwahlkreisen wenig, weil sich die Erträge – der Ausfall eines Gegenkandidaten – auf alle anderen verbleibenden Kandidaten verteilen. Kandidaten und Parteien haben deshalb Anreize, vor allem positive Kampagnen zu führen und ihre eigenen Leistungen und Ideen gut darzustellen. Die eigene Leistung hängt aber aufgrund der Beteiligung vieler Parteien in der Regierung mitunter auch von den anderen ab, was die Anreize, andere Regierungsmitglieder zu schädigen und sabotieren, weiter senkt.

4. Bei Bundesratswahlen durch die vereinigte Bundesversammlung spielen ähnliche Mechanismen, aber mit wichtigen Nuancen und Einschränkungen. Das Proporz-Wahlverfahren mit je nach Kanton bis zu 35 Nationalratssitzen pro Wahlkreis bzw. Kanton führt zu so grosser Parteienvielfalt, dass keine Partei eine absolute Mehrheit im Parlament erlangen kann. Deshalb ergäbe sich auch ohne implizite (Zauber-)Formel eine Durchmischung des Bundesrates. Die Regierungsgremien sind nicht durchmischt, weil Schweizer Politiker eine starke Konkordanz-Präferenz haben, sondern weil die Mehrheitsverhältnisse keine Mehrheitsregierungen zulassen. Die Konkordanz entsteht durch die oben beschriebenen Institutionen. Allerdings besteht die Gefahr, dass einzelne Parteien Koalitionen bilden und versuchen könnten, durch

Blockvoting eine überproportionale Vertretung im Bundesrat zu erreichen. Allerdings sind solche Koalitionen nicht stabil, und zwischen den Parteien entstehen teure strategische Wettläufe um Koalitionen. Entsprechend kann die Zauberformel als „Verteilungsregel“ interpretiert werden, um solche Negativsummenspiele zwischen den Parteien zu verhindern.

5. Das schweizerische politische System ist infolge der Mischung von Proporz und Majorz im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung, die Konkordanz reduziere den Wettbewerb, extrem wettbewerblich. Der Wettbewerb findet nur nicht grob und laut durch abrupte Wechsel der gesamten Regierungsmacht oder Parlamentsmehrheit statt, sondern viel feiner abgestuft und leiser. Der Wettbewerb ist vergleichbar mit jenem zwischen Unternehmungen um Marktanteile. Feiner ist er in dem Sinne, dass die Sitzzahl und damit der relative Einfluss der Parteien in den Parlamenten und Regierungen oft wechseln. Zudem ist der innerparteiliche Wettbewerb stark, weil die Wähler bei den Nationalratswahlen und den kantonalen Wahlen nicht an die vorgegebenen Parteilisten gebunden sind, sondern ihre Stimmen kumulieren und panaschieren können. Leiser ist der Wettbewerb, weil es im schweizerischen System ohne klare Trennung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition eben keine typische Opposition gibt, die laut und stereotyp alles verdammt, was die Regierung will, nur um es dann ähnlich selbst anzustreben, wenn sie einmal selbst an der Macht ist.

6. Classe Politique und Politikunternehmer

Parteien und erst recht Kandidaten, die Regierungs- und Ständeratssitze oder in kleinen Kantonen Nationalratssitze erobern wollen, müssen sich in die politische Mitte bewegen. Deshalb sind die Unterschiede zwischen den wichtigen Politikern ideologisch klein, und fast alle sind eher konsens- und kompromissorientiert. Das macht die Politik von aussen betrachtet zuweilen ein wenig langweilig. Dafür müssen sie im Wahlkampf weniger durch ideologische Positionierung als durch Kompetenz und Inhalt überzeugen.

Allerdings ist auch der bisher beschrieben, fruchtbare Wettbewerb noch kein Garant dafür, dass Politiker stets die Wählerpräferenzen vor Augen haben. Allzu oft haben Politiker gleichgerichtete, dem Wählwillen zuwiderlaufende Interessen. Politiker haben einen gewissen Spielraum, der ihnen erlaubt, eigene Ziele zu verfolgen. Beispielsweise haben die Amtsinhaber gegenüber den Herausforderern einen natürlichen Vorsprung, der ihre Wiederwahl wahrscheinlicher macht und ihnen so erlaubt, von der Mitte des politischen Spektrums in der von ihnen präferierten Richtung leicht abzuweichen.

Solange die eigenen Ziele oder Ideologien zwischen den Politikern unterschiedlich sind, weichen sie in unterschiedlicher Richtung von der Mitte des politischen Spektrums ab. Bei Regierungs- und Parlamentsentscheiden kompensieren sich ihre Abweichungen dann gegenseitig, wodurch das Gesamtergebnis in der politischen Mitte zu liegen kommt. Wenn aber die Amtsinhaber in ähnlicher Richtung von der Mitte des Wählerspektrums abweichen, resultieren politische Entscheidungen, die systematisch vom Volkswillen abweichen.

Tatsächlich gibt es solche für Politiker typischen Ziele, die von den Interessen der Wähler abweichen. Für Politiker wird ihre Arbeit zumeist umso angenehmer und einfacher, je besser gefüllt die Geldtöpfe des Staates sind, je weniger die Bürger und Interessengruppen in ihre Geschäfte hineinreden können, je schwächer der Wettbewerb mit anderen staatlichen Einheiten ist, und je enger ihre Politik an diejenige der wichtigen Partnerländer und internationalen Organisationen angepasst ist. Politiker tendieren deshalb dazu, von der Mitte des politischen Spektrums der Wähler abzuweichen und eher für hohe allgemeine Steuern (aber natürlich mit Erleichterungen für die eigene Klientel), eher gegen Ausbau und wenn möglich für Einschränkung der direkten Demokratie, und eher für nationale und internationale Absprache und Koordination der Politik einzutreten. Natürlich gibt es viele gegenteilige Lippenbekenntnisse und auch Ausnahmen. Trotzdem dürfte die Schweizer Politik systematisch vom „Volkswille“ abweichen, wenn auch weniger stark als in anderen Ländern.

Das öffnet die Tore für Politikunternehmer, die mit Überzeugung eigene politische Ziele verfolgen. Es erlaubt ihnen, in der von ihnen bevorzugten Richtung vom Volkswille abweichende Politikvorschläge einzubringen und – falls sie weniger stark vom Volkswillen als der Status Quo abweichen – damit Volksmehrheiten zu gewinnen. Anderenfalls können sie immerhin schöne Achtungserfolge verbuchen.

Der eine Mechanismus, solche Vorschläge einzubringen, ist der Nationalrat sowie die kantonalen und kommunalen Parlamente mit Proporzwahl. Der Proporzcharakter nimmt mit der Sitzzahl pro Wahlkreis und damit der Kantonsgrösse zu. Kein Wunder also, dass die besonders profilierten Oppositionsstimmen gegen die staatsfreundliche classe politique (wie früher manche Mitglieder des „Landesrings der Unabhängigen“ oder auch der Grünliberalen) oft aus dem Kanton Zürich kommen.

Der zweite Oppositionsmechanismus sind die direkt-demokratischen Instrumente. Politische Unternehmer haben deshalb neben ihrer Überzeugung zwei gute Gründe, für direkte Demokratie einzutreten: Sie können als Verbündete des Volkes punkten, weil viele Politiker der direkten Demokratie gegenüber zurückhaltender sind als das Volk selbst. Zudem ermöglicht

ihnen die direkte Demokratie, Vorschläge zu realisieren, die Ihren eigenen Präferenzen besser entsprechen als die von den meisten etablierten Politikern vertretenen Positionen. Kein Wunder also, dass sich viele etablierte Politiker über Politikunternehmer und ihre Nutzung der direkten Demokratie so ereifern. Die Politikunternehmer stellen für sie eine neue Art des Wettbewerbs dar. Dieser Wettbewerb fördert aber die Vielfalt und bringt neue Politikinnovationen mit sich, von denen alle Bürger profitieren können.

Allerdings kämpfen die Politikunternehmer mit dem Problem, dass gerade ihre besten und erfolgsorientiertesten Mitstreiter gerne für eines der attraktiven Majorzämter kandidieren möchten und so Anreize haben, in die politische Mitte abzuwandern. Politikunternehmer können deshalb nur dann langfristig prägenden Einfluss auf die Politik ausüben, wenn sie nicht selbst nach Majorzämtern streben und über genügend Geschick und Ressourcen verfügen, um ihren besten Mitstreitern den Verbleib in den weniger angesehenen Proporzämtern attraktiv zu machen. Hierbei wirkt sich eine weitere, in der Schweiz stark verankerte Institution positiv aus, nämlich das Milizsystem. Weil politische Neueinsteiger und unkonventionelle Politikunternehmer neben der Politik in ihren angestammten Berufen weiter arbeiten können, sind die Einstiegskosten in die Politik relativ tief. Viele Politiker verzichten nie vollständig auf ihre angestammten Berufe ausserhalb der Politik, womit ihnen auch ein Wiederausstieg aus der Politik einfacher fällt als Berufspolitikern. Das senkt den Druck für Politikunternehmer mit unkonventionellen Ideen, sich konformistisch zu verhalten um so im Horte einer Partei eine langfristig gesicherte Politikkarriere absolvieren zu können.

7. Historische Wurzeln

Die kluge Mischung von Proporz und Majorz in National- und Ständerat hat zwei historische Wurzeln: Die Idee zweier gleichberechtigter Kammern mit Volks- und Ständevertretung wurde 1848 von der amerikanischen Verfassung übernommen. Entsprechend wurden sowohl National- wie Ständerat nach dem Majorzverfahren gewählt (letzterer erst nach und nach in Volkswahlen). Anders als in den USA werden die Ständeräte aber nicht so wie die je zwei Senatoren pro US-Bundesstaat zeitlich gestaffelt und damit in Einerwahlkreisen gewählt, sondern gleichzeitig und damit in Zweierwahlkreisen, wobei die Wähler auch zwei Stimmen haben. Der Übergang vom Majorz zum Proporz im Nationalrat wurde dann durch die zwei anderen Erfolgsinstitutionen der Schweiz – direkte Demokratie und Föderalismus – ermöglicht. Anders als in den USA hatte die Schweiz direkte Demokratie auf nationaler Ebene. Das Proporzwahlverfahren setzte sich gegen den erbitterten Widerstand der Profiteure des Majorzverfahrens erst anlässlich der dritten Volksabstimmung aufgrund einer von der Katho-

lisch-Konservativen und der Sozialdemokratischen Partei getragenen Volksinitiative 1918 mit 66,3 Prozent der Stimmen durch. Für das positive Ergebnis auf nationaler Ebene mit entscheidend war, dass verschiedene Kantone und Städte das Proporzwahlrecht vorher, zumeist ebenfalls aufgrund von Volksinitiativen eingeführt hatten und dort die von den Vertretern des Majorzsystems vorausgesagten Probleme ausgeblieben sind.

Hinsichtlich der Entwicklung des Majorzsystems mit mehrsitzigen Wahlkreisen für die Regierungswahlen können wir nur spekulieren. Plausibel erscheint uns Folgendes: Die historische Wurzel für die Majorzwahl der Regierungsmitglieder dürfte die Versammlungsdemokratie sein. Wenn an Landsgemeinden mehrere Regierungsmitglieder gewählt werden müssen, ist die ganz natürliche Art, das Majorzsystem anzuwenden: Als gewählt gilt, wer eine Mehrheit erreicht. Wenn dann aus irgendwelchen Gründen die persönliche Wahl an der Landsgemeinde durch eine schriftliche Wahl ersetzt werden muss, ist es ebenso natürlich, dies mittels dem heute gängigen Wahlverfahren für Regierungsmitglieder in Gemeinden und Kantone zu tun (dazu ähnlich Colomer 2007 für die Entwicklung von Majorz mit mehreren Sitzen allgemein).

8. Folgerungen

Was folgt für die Zukunft? Hinsichtlich der Entwicklung in der Schweiz legt unsere Analyse nahe, dass die Schweizer Institutionen mit dem Wahlsystem bisher kaum thematisierte grosse Stärken besitzen. Das sollte bei den immer wieder aufkommenden Diskussionen über Reformen der Schweizer Institutionen berücksichtigt werden.

Aus unserer Perspektive machen Forderungen nach einem traditionellen Regierungssystem mit einer klaren Regierungsmehrheit und einer Oppositionspartei wenig Sinn. Auch die immer wieder vorgeschlagene Blockwahl von Regierungsmitgliedern halten wir der Majorzwahl ad personam der Regierungsmitglieder klar unterlegen. Hinsichtlich der Bundesratswahl sprechen unsere Überlegungen sicher nicht gegen eine Volkswahl des Bundesrates.

Für andere Länder ist die wichtige Botschaft, dass hinter dem Erfolg der Schweiz nicht nur direkte Demokratie und Föderalismus stehen, sondern eine dritte Institution, eine fruchtbare Mischung aus Proporzwahlen und Majorzwahlen, bei denen gleichzeitig mehrere Politiker für mehrere Sitze gewählt werden. Diese Mischung von Proporz und Supermajorz ist die Ursache der typisch schweizerischen Konkordanz. Davon können sich andere Länder und Gebietskörperschaften ohne Risiko inspirieren lassen. Das gilt für Wahlen von Parlamentariern und ganz besonders für jene von Regierungsmitgliedern. Die Institutionalisierung kluger Mi-

schungen aus Proporz und Supermajorz beruht anders als direkte Demokratie und Föderalismus nicht auf Elementen, die den Politikern Angst machen. Entsprechend sollte ihre Einführung auf weniger Widerstand stossen und bessere Chancen haben als diejenige von effektiven föderalistischen und direkt-demokratischen Strukturen.

Literatur

Arrow, Kenneth (1951). *Social Choice and Individual Values.* New York: Wiley.

Colomer, Josep M. (2007). The origins of electoral systems and political parties: The role of elections in multi-member districts. *Electoral Studies* 26: 262-273.

Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers.

Duverger, Maurice (1954). *Political Parties: Their Organization and Activities in the Modern State.* New York: Wiley.

Eichenberger, Reiner (2015). Der Kompromiss als Sprungfeder für die Konfrontation. *Du* 860: 88-93.

Klöti, Ulrich, Yannis Papadopoulos und Fritz Sager (2014). Regierung. In Peter Knoepfel, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter und Silja Häusermann (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung: 193-218.

Portmann, Marco, David Stadelmann und Reiner Eichenberger (2012). District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences: Quasi-Experimental Evidence from Popular and Parliamentary Votes, Public Choice, 151 (3-4), 585-610.

Stadelmann, David, Marco Portmann und Reiner Eichenberger (2014a). Quantifying Parliamentary Representation of Constituents' Preferences with Quasi-Experimental Data. *Journal of Comparative Economics*, 41 (1), 170-180, 2014.

Stadelmann, David, Marco Portmann und Reiner Eichenberger (2014b). The Law of Large Districts: How District Magnitude Affects the Quality of Political Representation. *European Journal of Political Economy*, 35, 128-140, 2014.

Stadelmann, David, Marco Portmann und Reiner Eichenberger (2016). How Lobbying Affects Representation: Results for Majority-Elected Politicians, The B.E. Journal of Economic Analysis and Policy, 16(4), 20160040, http://dx.doi.org/10.1515/bejeap-2016-0040.

Stadelmann, David, Marco Portmann und Reiner Eichenberger (2018). Preference Representation and the Influence of Political Parties in Majoritarian vs. Proportional Systems: An Empirical Test. *British Journal of Political Science*, erscheint demnächst. http://dx.doi.org/10.1017/S0007123416000399

Autoren

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

Marco Portmann ist Oberassistent am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Fribourg und Research Fellow von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und Research Fellow von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).